

## In Offenburg vorerst keine Verpackungssteuer

In Offenburg gibt es vorerst keine kommunale Steuer auf Einwegverpackungen. Der Gemeinderat hat am Montagabend auf Vorschlag der Verwaltung einen Antrag der Grünen mehrheitlich abgelehnt.

■ Von Hubert Röderer

OFFENBURG Tübingen sollte zum Vorbild werden: Dort hat der Gemeinderat bereits 2019 die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen sofort verzehrbare Speisen und Getränke beschlossen. So erhebt die Stadt, zum Beispiel, pro Einwegbecher 50 Cent. Steuerpflichtig – ebenfalls 50 Cent – sind auch Einwegteller, außerdem Papiertüten für Schnitzelbrötchen und Spitztüten für Pommes frites. Ebenfalls 50 Cent beträgt die Steuer für Einwegschüsseln oder -boxen, sofern sie mit Besteck und Dressing abgegeben werden. Immerhin 20 Cent kostet das einzelne Einwegbesteck oder der Plastiktrinkhalm, sofern größer als zehn Zentimeter.

Das Bundesverfassungsgericht hat 2023 die grundsätzliche Zulässigkeit einer solchen kommunalen Verpackungssteuer bestätigt, auch eine Verfassungsbeschwerde konnte den Beschluss nicht kippen. Die

Fraktion der Grünen hat beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass Offenburg ebenfalls eine kommunale Steuer auf Einwegverpackungen, Einweggeschirr sowie Einwegbesteck einführt, die in der Gastronomie an den Endverbraucher abgegeben werden. Die Grünen verweisen auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach die in Tübingen erhobene Steuer zulässig sei, die Stadt habe zudem bereits im ersten Jahr knapp eine Million Euro eingenommen.

Die weiteren Vorteile: Die Steuer schaffe für Unternehmer und Verbraucher Anreize, auf Mehrwegsysteme umzusteigen, durch die Abfallreduzierung könnten mit der Zeit womöglich sogar die Müllgebühren gesenkt werden – und die Sauberkeit im Straßenraum steigen. Stadtrat Aydin Özügenc trug den Antrag für seine Fraktion vor und wies darauf hin, dass man mit Mehrwegverpackungen beziehungsweise -geschirr lokale Unternehmen wie Hobart und Meiko unterstütze.

Die Stadtverwaltung aber schlug dem Gemeinderat vor, den Antrag nicht weiter zu verfolgen. Die Steuer würde die betroffenen Gastrobetriebe zu einem hohen Verwaltungsaufwand zwingen, auch zu kostenintensiven Umstellungen von Buchhaltung und Kassensystemen. Die Besteue-



FOTO: LWIE ANSPACH (DPA)

Einwegverpackungen sorgen für viel Müll

rung sei zudem „nur schlecht zu überwachen“. Nicht bewiesen sei auch, ob eine Verpackungssteuer tatsächlich zu einer Reduzierung des Verpackungsmülls führe. Es sei gar zu befürchten, dass die Verbraucher höhere Preise für Speisen und Getränke akzeptieren und die Müllmenge dadurch nicht sinke. Außerdem unterlägen in Tübingen nicht alle Verpackungen der Steuer, die an einem Drive-in-Schalter verkauft.

Die Stadtverwaltung befürchtet auch bei sich selbst einen höheren Aufwand – durch Information, Beratung und Prüfung der Steuererklärungen. Die in Tübingen gemachten ersten Erfahrungen ließen er-

kennen, „dass viele abgegebene Steuererklärungen nicht korrekt sind“. Ohnehin könnte die Einführung der Steuer aus technischen Gründen frühestens Mitte 2026 erfolgen, wie Bürgermeister Kopp am Montag vor dem Gemeinderat sagte. Er räumte ein, dass er das Steuergeld gerne in der Stadtkasse sähe, immerhin würden die zusätzlichen Steuereinnahmen pro Jahr auf bis zu 400.000 Euro geschätzt, „doch mich schreckt die Bürokratie, und ich habe große Zweifel an der Steuergerechtigkeit“. Zudem könnte die Steuer bald aufgrund von EU-Vorschriften „obsolet“ werden. Auch Werner Maier (CDU), Tobias Isenmann (Freie Wähler) und Taras Maygutak (AfD) lehnten den Antrag ab, vor allem, weil die Steuer, wie es Isenmann formulierte, letztlich „mehr Probleme schafft, als sie löst“. Martina Bregler (SPD) sagte, dass ihre Fraktion „uneinheitlich“ abstimme.

Maren Seifert (Grüne) hatte zuletzt noch einmal energisch für den Antrag gekämpft: Es wäre ja der Verwaltung vorbehalten gewesen, „einen konkreten Vorschlag für die Ausgestaltung der Einwegsteuer zu erarbeiten“ – Dinge wie Steuerhöhe, mögliche Ausnahmen und Kontrolle. Es nützte nichts. Der Antrag wurde mit 24 Gegenstimmen abgelehnt, bei elf Befürwortungen und drei Enthaltungen.